

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 9/47. Jahrgang

September 2016

Schutzgebühr: 0,40 €

Magistrat will Leiharbeiter

Leiharbeiter sollen helfen, die Stadt von Schnee (vor allem im Winter!), Müll und sonstigem Schmutz zu befreien. Besonders wegen ungeräumter und glatter Gehwege hatte es häufig Beschwerden gegeben. Es klingt zunächst gut, dass unsere oftmals verschmutzte Stadt in frischem Glanz erscheinen soll.

Wer oder was sind Leiharbeiter? Diese Menschen werden ausgeliehen, damit sie unter schlechten Bedingungen und ohne Perspektive arbeiten sollen. Für sie gilt Arbeitsrecht nur zum Schein.

Wer oder was sind Leiharbeitsfirmen? Derartige Firmen werden gegründet, um an armen, erwerbslosen Menschen Geld zu verdienen. Manche bezeichnen dies auch als Zuhälterei. Das verstößt nicht gegen geltendes Recht. Kapitalismus macht's möglich. Und weil die SPD so wie andere

Parteien das kapitalistische System erhalten will, wurde unter ihrer Regierung Leiharbeit eingeführt... und die „sozialen“, „christlichen“ und „ökologischen“ Parteien des Gießener Magistrats nutzen auch diese Form der Zusatz-Ausbeutung schamlos.

Mehr Planstellen statt vier-ten Dezernenten

„Damit sollen keine Planstellen ersetzt werden“, behauptet Bgm. Weigel-Greilich (Grüne). Richtig scheint jedoch, dass dieser Bereich chronisch unterbesetzt und eine Aufstockung des Personals dringend notwendig ist, wie die Klagen über unzureichenden Winterdienst und Dreck in Gießen nahelegen. Mit dem Verzicht auf einen vierten hauptamtlichen Magistratsposten könnte dies locker finanziert werden.

Und sie setzt noch eines drauf: Stadt-



"Ran an die Massen" mit dem Info-Stand der DKP. Im Internet gibts die DKP unter: news.dkp.de, www.dkp-hessen.de, dkp-giessen.de, DKP Gießen auch bei Facebook

1. September Antikriegstag

*Deutsche Waffen
deutsches Geld*



*morden mit
in aller Welt!*

reinigung- und Fuhramt sollen in einen städtischen Eigenbetrieb überführt werden und fügt frech hinzu: auch dies sei keine Privatisierung. Nein, ist es nicht. Aber es wäre ein weiterer wichtiger kommunaler Bereich, der faktisch der Kontrolle durch das Stadtparlament entzogen wird und Gewinn abwerfen soll. Ein weiteres Stück Kapitalisierung. M.Beltz

Inhalt:

Deutschland bereitet Kriege vor	S.2
freiwillige Polizei/Kirche/Bespitzelung	S.3
Sparkasse Gießen - nicht gemeinnützig	S.4
Rentner spüren: Kapital ist unsozial	S.5
Weg mit dem KPD-Verbot/ Walter Deeg	S.6
Demo: CETA und TTIP stoppen!	S.7
Termine	S.8

Für Frieden und Sozialismus!



Deutschland bereitet Kriege vor

Frieden mit Russland! Schluss mit NATO-Aggression und Bundeswehraufrüstung!

Das Manöver in Polen mit 31.000 Soldaten war der bisherige Höhepunkt einer ganzen Kette von Maßnahmen der NATO-Länder, die sich direkt gegen Russland und China richten. Angefangen von massiver Aufrüstung, über Truppenstationierungen im Baltikum und Raketenstationierungen in Rumänien bis hin zur kontinuierlichen Ausdehnung des NATO-Gebietes mit dem Zweck der Einkreisung der Russischen Föderation. Im Westpazifik rücken die USA der Volksrepublik China mit einem dichten Netz aus Militärbasen und verbündeten Staaten zu Leibe.

Säbelrasseln gegen Russland

Mit ihrem immer lauterem Säbelrasseln schafft die NATO eine reale Kriegsgefahr in Europa. Der vom Westen politisch und finanziell unterstützte Umsturz in der Ukraine 2014 hat bereits einen Bürgerkrieg an der Grenze zu Russland ausgelöst. Ein weiteres Spiel mit dem Feuer müssen wir gemeinsam verhindern! Denn die Aggression geht vom Westen aus. Die NATO rückt immer weiter nach Osten vor – nicht umgekehrt. Und während die NATO-Staaten zusammen jährlich über eine Billion USDollar für's Militär ausgeben, hat Russland dafür weniger als 10% dieser Summe zur Verfügung. Wer gehofft hat, nach dem Kalten Krieg würde das Zeitalter der US-Atombomben auf deutschem Boden endgültig zu Ende gehen, wurde enttäuscht: Sie werden nicht nur nicht abgezogen, sondern stattdessen sogar modernisiert – de facto aufgerüstet – und bleiben im Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz.

Schluss mit der Bundeswehraufrüstung!

Beim Wettbewerb um den Titel des größten Kriegstreibers will die deutsche Bundesregierung endlich aus dem Schatten der USA treten. Schrittweise wird der Militärhaushalt bis 2020 auf über 39 Milliarden Euro pro Jahr erhöht. Das neue „Weißbuch“ der Bundeswehr benennt als künftige entscheidende Auseinander-



setzungen der Zukunft „Verteilungskämpfe um Rohstoffe und Absatzmärkte“. An denen soll sich die Bundeswehr führend beteiligen, damit Deutschland seine Stellung als weltweit viertgrößte Wirtschaftsmacht nicht einbüßt.

Für dieses imperialistische Machtstreben müssen wir teuer bezahlen. Die Rüstungsmilliarden gehen zwangsläufig zu Lasten anderer öffentlicher Ausgaben. Die Politik der etablierten Parteien, von der großen Koalition bis zu Grünen, AfD und FDP ist immer stärker auf Krieg ausgerichtet – für die Gewinne der Banken und

Konzerne, die von internationalen Handelswegen, Rohstoffquellen und Absatzmärkten profitieren. Es soll mehr Auslandseinsätze geben, mehr Geld für Rüstung, mehr junge Menschen bei der Bundeswehr im Kriegseinsatz, effizientere Waffen wie Drohnen und die neue Atombombengeneration.

Die DKP sagt NEIN zu diesem Kriegsprogramm. Wir sagen JA zu einer Politik des Friedens in Europa und der Welt. Wir fordern:

* Frieden mit Russland – Austritt der Bundesrepublik aus der NATO!

* Abzug aller NATO-Truppen und US-Atomwaffen aus Deutschland!

* Rücknahme der Hochrüstungspläne von Kriegsministerin von der Leyen!

* Sofortiger Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr!

* Stopp aller Rüstungsexporte und Beschlagnahmung aller Gewinne der Rüstungsindustrie! Rauf mit den Löhnen, runter mit der Rüstung!

Dieser gekürzte Artikel kann in voller Länge hier gelesen werden: <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2016/08/frieden-mit-russland/>

Zivilschutzkonzept = Notstandsszenarium

Die Bundesregierung hat ein neues Konzept zur sog. Zivilverteidigung verabschiedet und zu Planungen für Kriegs- und Katastrophenfälle. Sie begründet ihre »Konzeption zivile Verteidigung« mit einer veränderten sicherheitspolitischen Lage. Unter anderem wird die Bevölkerung aufgefordert, zur Erstversorgung für fünf Tage zehn Liter Wasser pro Person vorzuhalten sowie einen Vorrat an Nahrungsmitteln für zehn Tage. Überlegungen zur Wiedereinführung der Wehrpflicht im Krisenfall und Szenarien für Einsätze des Technischen Hilfswerks sind in dem Papier ebenfalls enthalten. Auch Hackerangriffe werden als direkte Bedrohung genannt.



DKP-Plakat von 1999. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien begann die BRD wieder Kriege zu führen – erstmals seit Ende des 2. Weltkriegs.

Der freiwillige Polizeidienst

...soll den Bürgern unserer Stadt ein „subjektives Sicherheitsgefühl“ vermitteln. Kommt nun ein Kampf-Radler den Seltersweg entlang, eilen die „Freiwilligen“ (Stundenlohn 7,50 Euro) zur Seite, da sie weder bewaffnet sind noch über ausreichende Kompetenzen verfügen. Einem durch die Fußgängerzone fahrenden Raser wird freundlich zugewunken, mancher steigt ab und hört, dass er (sie) hier nicht fahren sollte, steigt wieder auf und fährt weiter. Da nicht mal die Personalien festgestellt werden, kann er das getrost tun. Feststellung der „Freiwilligen“ zum Vorfall: Wir können doch nicht hinterher laufen... Ausgebildete Polizisten zur Begleitung - wie angekündigt - fehlen. Was, fragt man sich, unternehmen diese Uniformträger, wenn's mal richtig nötig ist?

Wir trösten uns mit der Hoffnung: Einsatz der Bundeswehr im Innern. Dann kommen kampferfahrene Afghanistankämpfer, die schon dem Taliban gezeigt haben, wo es lang geht. M.B.



Ordnungsamt: Bespitzelung normal

Werden Spaziergänger beim Spazieren gehen, Gäste beim „Safer Sex on the Beach“-Schlabbern für 5,50 Euro oder sogar das Personal in der Gießener „Strandbar“ von Kameralinsen beobachtet und gespeichert? Diesen Eindruck hatte ein Gießener beim Beobachten der Bespitzelungsinstrumente und wandte sich an das Gießener Ordnungsamt und den Hessischen Datenschutz-Beauftragten. Das Ordnungsamt antwortete in aller Kürze (Zeit ist wohl Geld, das die Stadt nicht hat):

„Die angebrachte Kamera ist so eingestellt, dass nur das Betriebsgelände, nicht aber öffentliche Bereiche abgebildet werden.“

Nach Ansicht der Stadt reicht es aus, für diese Prüfung den Betrieb aufzusuchen. Fraglich ist, ob Frau Weigel-Greilich persönlich auf die Leiter zur Kamera kletterte um die Einstellungen zu überprüfen. Und - welche der Kameras ist hier gemeint?

Welche Daten werden wo angeschaut und gespeichert? Wer überwacht die Löschung der Daten?

Und - darf das Personal (also das Betriebsgelände) jeden Tag bespitzelt und überwacht werden? Und das gleich von mehreren Kameras.

Fragen, die sich die Stadt Gießen wohl nicht stellt.

Jetzt ist der Datenschutz-Beauftragte von Hessen gefragt.

Aber die Frage für die Gießener Bürger besteht weiter:

Steht der Aschaffener Betreiber der „Strandbar“ unter besonderem Schutz von Frau Weigel-Greilich und dem Ordnungsamt?

Zitat von Bürgermeisterin Weigel-Greilich: *„Herr Trageser war ein absoluter Glücksfall für die Stadt.“* (GAZ, 8.10.2015) M. Berger



Kirche verliert Mitglieder und breitet sich aus

Die evangelische und die katholische Kirche in Deutschland haben 2015 im Vergleich zum Vorjahr über eine halbe Million Mitglieder verloren. Nur noch etwa 56 Prozent der Bevölkerung gehörten 2015 einer der beiden großen Kirchen an. Zehn Jahre zuvor waren dies noch mehr als 62 Prozent. Während die katholische Kirche wegen der hohen Zahl der Kirchengaustritte (fast 400.000 in 2015) erklärte, in ihren „seelsorglichen Bemühungen nicht nachzulassen“, blickt die evangelische Kirche „zuversichtlich“ in die Zukunft.

Trotz des deutlichen Rückgangs an Mitgliedern versuchen die Kirchen ihren Einfluss weiter auszubauen. So sind von den 56 Kinderbetreuungseinrichtungen in Gießen 13 unter evangelischer und 11 unter katholischer Führung. Das sind zusammen doppelt so viele wie von der Stadt selbst betrieben werden (12 Kitas) - Ten-

denz weiter steigend! Die Beschäftigten in den kirchlichen Einrichtungen müssen selbst Mitglied sein. Wer dies nicht ist, aber die Arbeitsstelle haben will, muss in die Kirche eintreten - und dann auch Kirchensteuer bezahlen. Der weitere Rückgang der Mitglieder wird so aber nicht aufzuhalten sein.

Aber auch in anderen Bereichen machen sich die Kirchen immer breiter. Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen, Schulen und Jugendzentren werden immer öfter durch die katholische oder evangelische Kirche geleitet und entsprechend geprägt. So ist das Jokus das letzte verbliebene städtische Jugendzentrum in Gießen.

Dies alles widerspricht dem Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat, wie es im Grundgesetz und der Hessischen Verfassung verankert ist.

Rainer Grabowski



Sparkasse Gießen: gemeinnützig ist das nicht

Laut Satzung und Selbstverständnis sind deutsche Sparkassen gemeinnützige Anstalten des öffentlichen Rechts, die dem Wohl der Wirtschaft und den Menschen in ihrer Region verpflichtet sind. Von möglichst hohen Gewinnen und Rücklagen ist keine Rede.

Filialen werden geschlossen

Die Gießener Sparkasse will in nächster Zeit zahlreiche Filialen in Gießen und den Kreisgemeinden schließen. Im Geschäftsbericht für 2015 steht, die Zahl dieser Stellen würde von 28 auf 15 „verdichtet“ – richtiger wäre wohl „ausgedünnt“. Angeblich ist das aufgrund der niedrigen Zinsen notwendig. Haupteinnahmequelle der Sparkassen sind die Zinsüberschüsse, also die Differenz zwischen an Einleger gezahlten Zinsen und von Kreditnehmern eingenommenen Zinsen.

Diese betragen 2015 etwa 50 Millionen Euro, nur unwesentlich weniger als 2014. Zweite Einnahmequelle sind Provisionen, etwa 15 Millionen Euro. Dieser Betrag ist etwas höher als 2014. Es gibt also keinen Grund, durch Schließungen in den Gemeinden Kosten zu sparen – für die Menschen im Kreis bedeutet der

Verlust der Sparkasse vor Ort einen bedeutenden Einschnitt.

Der Geschäftsüberschuss der Sparkasse betrug 2015 etwa 8 Millionen



Euro, der größte Teil davon fließt, wie auch bei der Städtischen Wohnbau, in die Rücklagen. Als Bilanzgewinn werden nur etwa 2,5 Millionen ausgewiesen. Davon fließen etwa 10% an

die Gesellschafter, also an die Stadt Gießen und die Kreisgemeinden. Die AfD hat jetzt öffentlichkeitswirksam gefordert, die Auszahlung an die Gesellschafter deutlich zu Lasten der Rücklagen zu erhöhen. Das ist aber ein falscher Ansatz.

Gebühren-Spielraum nutzen

Jeder Euro, der von einer Bank oder Sparkasse verdient wird, kommt von den Kunden, also Kreditnehmern und Einlegern (Sparern). Jeder an die Gesellschafter ausgeschüttete Gewinn ist also so etwas wie eine versteckte Steuer. Als gemeinnützige Einrichtung hätte die Sparkasse Spielraum für Gebührensenkung, niedrigere Zinsen für Kreditnehmer und höhere für Sparer.

Für den einzelnen wären das meist nur kleine Beträge, aber vor allem eine Senkung der viel zu hohen Zinsen für Dispokredite, also für überzogene Konten, wäre für viele eine deutliche Erleichterung. Für Menschen mit niedri-

gem Einkommen kann jede unvorhergesehene Ausgabe zur Kontoüberziehung und damit hohen Zinsausgaben führen.

In den Gremien der Sparkasse sitzen zwar Kommunalpolitiker, die dort aber keine wirklich gemeinnützige Geschäftspolitik durchsetzen.

In ihrem Parteiprogramm fordert die DKP die Überführung der Banken in demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum. Das gilt auch für die Sparkassen. Gernot Linhart



"Gelassen ist einfach, wenn man Finanzgeschäfte jederzeit und überall erledigen kann."

Auf diesen Werbeslogan sollte die Sparkasse in Zukunft verzichten.

Auch Rentner spüren: Kapital ist unsozial

Dramatisch steigende Altersarmut – und bevorstehende Bundestagswahl – haben eine breite Rentendiskussion entfacht. Die IGM z.B. will mit ihren Forderungen zum „Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung“ das Rentenniveau auf 50,5% anheben. Vizekanzler und SPD-Vorsitzender Gabriel verkündet ein „Solidaritätsprojekt“ in Opposition zu sich selbst. Denn es war seine eigene Partei, die die Misere verursacht hat. Mit der Agenda 2010 hat die damalige Bundesregierung (SPD/Grün) die gesetzlichen Vorgaben für den größten Sozialabbau seit Bestehen der BRD geschaffen – mit Zustimmung und Fortführung von CDU/CSU und FDP.

Grundsätzliches zur Rentenversicherung:

Die BRD ist ein kapitalistisches Land. Unternehmen, Produktionsmittel und Immobilien sind im Besitz einer klei-

ner Schicht von Kapitalisten (die davon gut leben, ohne zu arbeiten). Der weitaus größte Teil der Bevölkerung ist darauf angewiesen, seine Arbeitskraft zu verkaufen, um seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Weil die BRD sich auch irgendwie „sozial“ geriert, gibt es die Sozialversicherung. Sie soll/sollte verhindern, dass diese Menschen – in Zeiten, in denen sie nicht (mehr) arbeiten können - verelenden: die Kranken-, die Arbeitslosen- und die Rentenversicherung.

Finanziert wurde das alles - mit staatlichen Zuschüssen - zu gleichen Teilen von Unternehmern und Beschäftigten.

Das war lange Zeit tragfähig, insbesondere auch, so lange noch die System-Konkurrenz mit den sozialistischen Ländern bestand.

Noch 1997 betrug das Rentenniveau 70% - vom Bruttolohn. Das ist nicht

üppig, aber ausreichend - bei ausreichenden Löhnen. Das war und ist auch finanzierbar - wenn man will.

Kapitalismus ist die nach unten offene Armutsfalle

Inzwischen wurden diese drei Säulen der Sozialversicherung bis hin zur Unkenntlichkeit geschleift. Die arbeitenden Menschen müssen die Kosten im Gesundheitswesen zu Zweidrittel selbst bezahlen, leiden unter Hartz IV-Schikanen und Altersarmut. 2013 lag das Rentenniveau nur noch bei 49,7% - vom Nettolohn und soll bis 2030 auf 43% absinken.

Die Profite der Unternehmer, die ihre Zahlungen weitgehend eingestellt haben, sind dagegen ins Unermessliche gestiegen; ihr Reichtum stinkt. Unternehmerverbände fordern derweil nicht nur die Rente mit 69, sondern eine Einheitsrente für alle – auf Sozialhilfeniveau, die nach unten offene Armutsfalle.

Das ist so gewollt und wird – von kosmetischen Details abgesehen – auch so kommen, wenn sich die abhängig Beschäftigten mit ihren Gewerkschaften nicht auf ihre Kraft und auf ihre Zahl besinnen. Erika Beltz



„Jedem zweiten Bundesbürger droht wegen des sinkenden Rentenniveaus im Alter eine gesetzliche Rente unterhalb der Armutsgrenze.“ WDR-Recherchen vom April 2016.

Solidarität mit französischen Gewerkschaftern

Die französische Regierung will in Anlehnung an die deutsche Politik der Agenda 2010 Arbeitsverhältnisse befristen, den Kündigungsschutz lockern und die Arbeitszeit verlängern. Hiergegen finden in Frankreich seit Monaten massive Proteste und Streiks statt. Bei Solidaritätsaktionen des DGB in Gießen und anderen Städten Mittelhessens mit den Arbeitskämpfen in Frankreich wurden Spenden für die Streikkasse der französischen Schwestergewerkschaft CGT gesammelt.



Weg mit dem KPD-Verbot

Es ist nicht nur zur Disziplinierung von Kommunisten da

Vor 60 Jahren, am 17. August 1956, wurde die KPD verboten, ihr Vermögen beschlagnahmt und Funktionäre verhaftet. Damit sollten die konsequentesten Gegner der Militarisierung der BRD ausgeschaltet werden, die in den Jahren zuvor u. a. Millionen Unterschriften gegen die Remilitarisierung gesammelt und dafür eingesperrt und anderen Repressionen ausgesetzt worden waren.

Vorausgegangen war ein fünfjähriges Gerichtsverfahren, das von zahlrei-



chen juristisch unzulässigen Vorgängen und an den Haaren herbeigezogenen Konstruktionen gekennzeichnet war.

So entstanden auch bald darauf Initiativen zur Wiedenzulassung der KPD in der BRD, dem weltweit einzigen Land in dem – mit Ausnahme der faschistischen Regime in Spanien und Portugal – eine kommunistische Partei verboten war. Namhafte Vertreter dieser Bewegung gegen das KPD-Verbot waren die renommierten Professoren Helmut Ridder aus Gießen und Wolfgang Abendroth aus Marburg.

Der Kampf ging weiter – auch in Gießen

Selbstverständlich wurde auch nach dem Verbot von den Kommunisten der Kampf gegen die Kriegspolitik der Adenauer-Regierung nicht eingestellt. Die wollte mit dem „Rollback“ „Europa bis zum Ural befreien“ und die sozialistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse im Osten beseitigen. Die Kriegsgefahr war groß und real.

In der Stadt Gießen waren die Kommunisten im August 1956 auf das Verbot vorbereitet, ihre Wohnungen waren „sauber“. Bei den Hausdurchsuchungen konnte die Polizei kein einziges Flugblatt finden, während

sie im Kreis Gießen 15 Zentner an Materialien beschlagnahmten. Nun musste illegal gekämpft werden. Mit Flugblättern wie „Der Atomtod bedroht auch dich“ oder „10.000 Jungen in Gefahr“ (gegen die Wehrpflicht) versuchten die Kommunistinnen und Kommunisten der Kriegsgefahr entgegenzuwirken. Auch die „Sozialistische Volkszeitung“ der KPD fand ihren Weg in einige Briefkästen.

Wieder Gefängnis

Am 17. 4. 1958 wurde Walter Deeg verhaftet, da er „dringend verdächtig ist seit Herbst 1956 fortgesetzt handelnd als Rädelsführer oder Hintermann...“ „Flugblätter und Zeitschriften (der verbotenen KPD, d. Red.) drucken und verteilen ließ.“

Am 30. 1. 1959 (ein bewusst gewähltes Datum?) verkündete die erste Große Strafkammer des Landgerichts Frankfurt das Urteil: 9 Monate Gefängnis (die mit der Untersuchungshaft abgegolten war).

Seine Frau, die Mitangeklagte Ria Deeg, wurde mangels Beweisen freigesprochen.

Damit waren beide erneut Angeklagte imperialistischer Justiz. Bereits von den Nazis waren sie wegen ihres



Kampfes gegen Faschismus und Krieg eingesperrt worden: Walter für drei Jahre im Zuchthaus Butzbach, Ria für 3 ½ Jahre im Zuchthaus Aichach.

Damokles-Schwert KPD-Verbot

Heute ist der Imperialismus stärker denn je; Kriege – auch deutsche Angriffskriege – sind „normal“ und die Kräfte des Friedens so schwach, dass sie keine staatliche Verfolgung fürchten müssen.

Das kann sich jederzeit ändern; auch deswegen soll das KPD-Verbot bestehen bleiben: als Damoklesschwert nicht nur für die DKP, sondern für alle, die den Herrschenden und deren Kriege gefährlich werden könnten. E. Beltz

Walter Deeg (6.9.1911 - 23.8.1983), Kommunist



1933 sperrten die Faschisten Walter Deeg für zwei Monate ins KZ Osthofen, später wurde er zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und kam anschließend ins Strafbataillon 999.

Nach 1945 war er öffentlicher Ankläger der Spruchkammer in Gießen. Dieses Amt legte er im Januar 1947 nieder, nachdem klar geworden war, dass auch hier das Motto galt: „die Kleinen hängt man - die Großen lässt man laufen“. Unser Foto zeigt Walter im Gespräch mit einem japanischen Fernsehteam, das im Sommer 1976 den damaligen NS-Prozess in Gießen verfolgte.



CETA und TTIP stoppen – jetzt kommt's drauf an

Mit aller Macht versuchen die Spitzen der SPD, allen voran Gabriel, Oppermann und Schulz, ihrer Partei die Zustimmung zum Handelsabkommen mit Kanada, CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement), schmackhaft zu machen.

Es sei ein guter Vertrag, keiner bräuchte irgendetwas befürchten, schlechtere Umwelt-, Lebens- und Arbeitsbedingungen seien ausgeschlossen, die öffentliche Daseinsfürsorge könne nur besser werden. Wer den Text liest und versteht, sieht sofort: glatt gelogen.

Den Konzernen beider Vertragspartner stehen viele Wege offen, genau solche Einschnitte in das Leben der Bürger zu ihren Gunsten zu erzwingen.

Warum sind Politiker so scharf darauf, ihre Handlungsmöglichkeiten in der Zukunft so massiv zu beschneiden und die Gestaltung der Lebens-

und Arbeitswelt den Konzernen zu überlassen?

Solche völkerrechtlichen Verträge, die praktisch nicht mehr kündbar sind, schaffen neue Sachzwänge, die in Zukunft Politikern unpopuläre Entscheidungen erleichtern. Wenn etwas für die Bürger Nachteiliges beschlossen werden soll, können sie sich rausreden – wir würden's ja gerne besser machen, aber dieser Vertrag lässt uns keine Alternative.

Am 17. September, kurz vor dem SPD-Parteikongress, auf dem die Zustimmung zu CETA beschlossen werden soll, finden bundesweite Demonstrationen gegen CETA und TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) statt.

Die Entscheidung der Delegierten wird auch von der Teilnahme an diesen Protesten beeinflusst werden. Wenn es gelingt, CETA zu stoppen, wird auch TTIP keine Chance mehr haben.

G. Linhart

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!

10 Wochen kostenlos testen
 CompressVerlag,
 Hoffnungs-Str. 18 ,
 45127 Essen
 info@unsere-zeit.de

Sie lügen wie gedruckt.
 Wir drucken, wie sie lügen.

3 WOCHEN GRATIS! **jungeWelt**

www.jungewelt.de/testabo
 Abo telefon: 030 53 63 55 50

DANKE!

Wir bedanken uns für alle großen und kleinen Beträge, die bei uns eingegangen sind. Wir müssen dennoch um weitere Spenden und um pünktliche Bezahlung der Zustellungsgebühren bitten, damit das Echo weiter in hoher Auflage erscheinen kann.

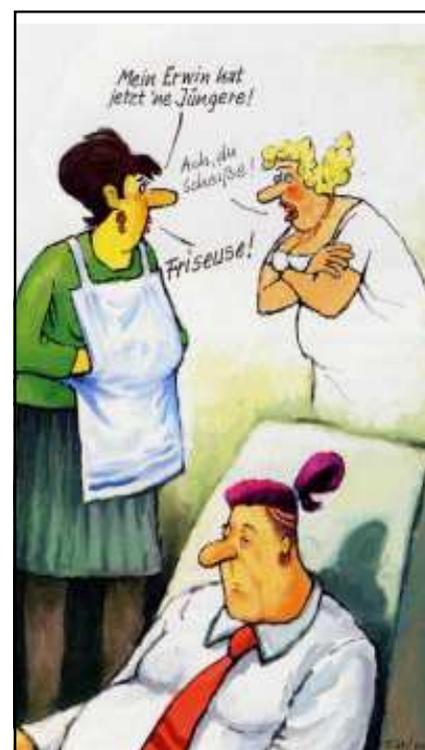
Wir bitten um Überweisung auf das Konto:

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70.

Nicht vergessen: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden.

Mit vielem Dank die Redaktion des

Gießener Echo



Redaktionsschluss für Oktober-Echo: Mi., 5.10.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Demonstrationen in Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart

CETA & TTIP stoppen!

Mit dem DGB -Zug nach Frankfurt

Abfahrt: Wetzlar 10:02, Gießen 10:28 mit dem RE 15109; Marburg ab 9:48 - hält bis Gießen überall. Späteste Abholung der Mitfahrtsickets 15 Minuten vor Abfahrt auf dem Bahnsteig! - Anmeldungen mit Name und Einstiegsort an giessen@dgb.de



Griechenland und die Eurokrise

Das Scheitern von SYRIZA und die Konsequenzen.

Referent: **Andreas Wehr,**

marxistischer Autor und Mitbegründer des Marx-Engels-Zentrums Berlin, referiert über die Hintergründe der Eurokrise, die besondere Rolle Griechenlands darin und diskutiert die Frage, welche Schlussfolgerungen aus dem jähen Ende des kurzen "griechischen Frühlings" zu ziehen sind.



**Dienstag, 11. Oktober, 19 Uhr,
Kongresshalle (Versailles-Zimmer)**

Veranstaltung von DKP und SDAJ Gießen

Gleiche Veranstaltung auch in WZ + MR:

Wetzlar: Mi., 12. Oktober, 19 Uhr, Kulturzentrum "Franzis"

Marburg: Do., 13. Oktober, 19:30 Uhr, DGB-Haus, Bahnhofstr., Dinnebier-Saal

Weg mit dem KPD-Verbot!

Kundgebung & Demonstration am 10. Sept. in Karlsruhe

Treffpunkt: Ludwigsplatz, 15.00 Uhr
Es sprechen: Patrik Köbele (Vorsitzender der DKP) und Karin Binder (MdB "Die LINKE")

Veranstaltung

um 17 Uhr im „Walhalla“, Augartenstraße 27, mit **R. Dobrawa** (RA, ehem. Mitarbeiter von F.K.Kaul), **H.-P. Brenner** stellvertr. Vorsitzender der DKP), **V. Aleksiy** (ZK der KP Ungarn). Mit dabei: **Herbert Mies, Willi Gerns, Heide Hummler**. Kulturprogramm: **Erich Schaffner mit Georg Klemp**
DKP-Parteivorstand und DKP-Bezirksvorstand Baden-Württemberg

Fluchtursachen

statt Flüchtlinge bekämpfen

Diskussionsveranstaltung in Wetzlar

Sonntag 11.09.2016, 18:30 Uhr, (Einlass ab 18:00 Uhr), im **Hotel Wetzlarer Hof** – Raum Colchester, Obertorstr. 3, - mit

**Niema Movassat,
MdB, DIE LINKE**



Offenes Treffen gegen Krieg und Rassismus Gießen

Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat treffen sich um 18 Uhr interessierte Jugendliche im Jugendzentrum „Jokus“, Ostanlage 25a.

Sie wollen sich regelmäßig mit aktuellen und vergangenen Kriegen auseinandersetzen sowie den Ursachen von Rassismus und Faschismus auf den Grund gehen. Das Treffen versteht sich als offen, das heißt, dass alle willkommen sind, die kein Bock auf Krieg und Nazis haben. Es soll ein Ort geschaffen werden, an dem sich Jugendliche austauschen, voneinander lernen und zusammen aktiv werden. So können zum Beispiel auch Filme geschaut, kreative Aktionsmaterialien gebastelt, Konzerte und Fußballturniere organisiert werden. Also, einfach mal vorbeischauen! Weitere Informationen unter: [facebook.com/otgiessen](https://www.facebook.com/otgiessen).

R.G.

**Die Waffen nieder!!!
Kooperation statt NATO-
Konfrontation, Abrüstung
statt Sozialabbau**



Aufruf zur Demonstration am 08.10.2016 in Berlin
bitte unterzeichnen!
<http://friedensdemo.org/>

**Widerstand
gegen Hartz IV
montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern**